

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.
Preis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Bringerlohn.
Nr. 286.

Druck und Verlag:
S. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.
Herborn, Montag, den 6. Dezember 1920.

Inserate: Die mm-Zeile 25 Pfg.
Fernruf 20. — Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17518.
77. Jahrgang

England, Frankreich, Italien.

Einmal ist unter ehemaligen Verbündeten im Osten in den Tagen vor der ganzen Welt im Schlepptau der beiden Weltmächte aufmarschiert: Das eine Mal, um den westlich-französischen Vorschlag für die Abstimmung in Oberitalien zu unterstützen, und ein paar Tage darauf, um gegenüber der Möglichkeit einer Wiedertehr König Konstantin in Griechenland an der Abschreckung des griechischen Volkes teilzunehmen. In dem einen wie im anderen Fall ist Italien mit seinen hohen Alliierten aus einem Strang, obwohl gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß seine Interessen nach anderer Richtung hinweisen.

Es genug haben italienische Staatsmänner bereits verstanden, daß sie größten Wert auf Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland legen müßten, daß andererseits die Wiederaufnahme eines geregelten Handelsverkehrs mit Deutschland für die Gesundung der italienischen Wirtschaft eine Lebensbedingung darstellt. In ganz Italien wird auch ziemlich allgemeine Zustimmung darüber, daß es ein tödlicher Schlag für unsere wirtschaftliche Selbständigkeit bedeuten würde, wenn uns nach allem, was wir verloren haben, jetzt auch noch Oberschleichen genommen werden sollte. Die Italiener waren es auch allein, die ihre Besatzungstruppen in Oberschleichen, als polnische Banden im Herbst dieses Jahres zu neuen Aufstandsvorfällen überzogen, scharf zugreifen ließen und so sehr bald Ruhe und Ordnung wiederherstellten, soweit ihr Einflußgebiet reichte. Trotzdem finden wir jetzt die Unterfahrlinien der römischen Regierung unter einem Schriftstück, das sich zwar äußerlich möglichst unparteiisch ausdrückt, das aber seiner ganzen Tendenz nach unzweifelhaft darauf gerichtet ist, das obereschleische Land den Polen in die Hand zu spielen. In Italien findet unsere Forderung nach Erleichterung des Berliner Friedensvertrages bisher die meiste Unterstützung. Nun aber gibt es sich dazu, einen Druck auf Deutschland ausüben zu lassen im Sinne einer weiteren Verschärfung des Vertrages; denn wenn Lord Georges Vorschlag zur Durchführung käme, um niemand darf einsehen, daß nicht der Volkswille in Oberschleichen von Grund auf verächtlich wird. Und wenn auf diese Weise Oberschleichen gerächt werden sollte, würden schließlich die wenigen Männer, die heute noch in Deutschland den Mut und den hoffnungsvollen Glauben in die Möglichkeit unserer Wiederaufrichtung nicht abgelegt haben, die Pläne ins Korn werfen und alles lassen, wie es will. Und dieser äußersten Verwerfung in die Arme zu treiben, dazu hat auch Italien beigetragen.

Und nicht viel anders liegt der zweite Fall. Wenn irgendwo außerhalb des griechischen Festlandes der jähwieder des Diktators Venzelos mit frohem Aufatmen begrüßt worden ist, ist es Italien. Man erinnert sich noch, welche unglücklichen Mäßen es gekostet hat, die griechischen und die italienischen Beizensprüche aus dem Weltkriege miteinander auch nur notwendig in Einklang zu bringen, der hier unparteiliche Imperialismus des fast größtenteils unglückseligen Kreises sich den ruhebedürftigen Mäßen immer und immer wieder in den Weg stellte. Die mehr Landbesitz er auf diese Weise zusammenwarf, desto sicherer fühlte er sich vor der Volkswut, die seine noch immer gerichtete Tyrannenherrschaft unfehlbar entzünden würde. Es hat ihm alles nichts genutzt, der Tag der Wahl brachte ihm ein vernichtendes Volksgesicht. Die italienische Presse jubelte. Man war fast in der Stimmung, feste zu feiern, als hätte man einen höchsten nationalen Sieg errungen, und nun muß Stollitz sich dazu bequemen, eine westlich-französische Note gegenzeichnen, in der es heißt, daß die drei Regierungen durch die letzten Ereignisse in Griechenland sehr unangenehm berührt wären. Sie wünschen natürlich — nicht, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Wann hätten England und Frankreich das je in ihrem ganzen Leben getan! Aber die Wiedertehr des Königs Konstantin, dessen Handlungsweise während des Krieges den Alliierten große Schwierigkeiten bereitete, auf den Thron könne von ihnen nur als die Verhinderung feindlicher Handlungsmasse angesehen werden. Es würde eine unglückliche Lage in den Beziehungen zwischen Griechenland und den Alliierten herbeiführen, und in diesem Falle würden sich die drei alliierten Regierungen zu gemeinsamen Freilassung für die so geschaffene Lage verpflichten.

Das ist deutlich genug. Zu dieser Sprache, die jedes lebende, seine Freiheit hochhaltende Volk auf das tiefste verletzen muß, gibt also Italien seinen Segen, das einst am eigenen Leibe schmerzhaft genug erfahren mußte, wie wehe es von fremden Nationen in der freien Regelung seiner inneren Angelegenheiten mit allen Mitteln der Diplomatie und der Gewalt behindert zu werden. Italien wird gewarnt, sich selbst ins Gesicht zu schlagen, alles um der eigenen Ehre oder sagen wir zutreffender: um des höheren Ansehens der Entente willen, die es nicht vertragen kann, durch den unerbittlichen Gang der Ereignisse in seinen Völkerbeglückungsplänen so grausam Lügen gestreut zu werden. Aber daß es so kommen würde, daß Italien zu einem willenlosen Werkzeug der Weltmacht verabsinken werde, wenn es nicht wenigstens an der zunächst verkündeten Neutralität im Weltkriege festhält, das ist den römischen Staatsmännern zurzeit von allen Seiten, die es ehlich mit ihnen meinen, dringend vorgeschrieben worden. Ein tragisches Gesicht hat es, daß gerade Stollitz jetzt seinen guten Namen dazu einsetzen muß, um den Lord George und Willstrand zu leiten, obwohl er, wie kein anderer Italiener, im Eintritt in den Krieg solange wie nur irgend möglich zurückgeblieben hat. Aber schließlich, alle Schuld rächt sich auf, auch die Schuld des Gehen- und Gehehenlassens.

Und Stalten befindet sich erst am Anfang dieser Zwangsgefolgenschaft, in die es sich ohne Not verloren hat.

Preussische Landesversammlung.

(197. Sitzung.)

4. Berlin, 4. Dezember.

In der zweiten Beratung des Gesetzes über die preussischen Landtagswahlen wurden die einzelnen Paragraphen getrennt und das Gesetz dann im ganzen angenommen. Das Gesetz über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen wird in allen Einzelheiten ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Die Gesamtadmission über die zweite Lesung wird zurückgestellt. Bei der Weiterberatung des Ministeriums des Innern erfolgt abermals eine Auseinandersetzung über die Denationalisation Scherisch. Schließlich werden die Gesetzentwürfe über die Wahlen zum Preussischen Landtag einerseits und zu den Provinziallandtagen und Kreistagen andererseits in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen. Heute überreicht das sehr schwach besetzte Haus zunächst einen Antrag über die Wahlen zum Staatsrat dem Verfassungs-Ausschuss. Der Antrag (Sering (Soz.) auf Annahme eines Entwurfes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen wird gleichfalls dem Verfassungsausschuss überwiesen. Ein weiterer Antrag Sering über die Erhöhung der preussischen Stimmen im Reichsrat wird einstimmig angenommen.

Bei der Weiterberatung des Haushalts für das Ministerium des Innern wiederholen sich die Auseinandersetzungen der Parteien fast fäugemäßig, wobei wiederum die Organisation Scherisch einen breiten Raum einnimmt. Zu Worte kommen u. a. die Abg. Ludwig (Rechtsunabh.), Stendel (Dsch. Sp.), Degenhardt (Dem.) und Minister Severing.

Die Viehlieferungen an Frankreich.

Das Ergebnis der Pariser Beratungen.

Wie von zehnjähriger Seite in Berlin bekanntgegeben wird, sind nach langen, schwierigen Beratungen die Pariser Verhandlungen der deutschen Kommission der Reparationskommission über die Viehlieferungen zum Abschluß gekommen. In der letzten Vollziehung wurde einstimmig eine Vereinbarung angenommen, nach der Deutschland die von der Entente geforderten 1740 000 Stück Geflügel, 27 165 Ziegen und 15 259 Schweine nach den Bestimmungen des Friedensvertrages liefert und im übrigen innerhalb sechs Monaten liefert: 30 000 Pferde, 125 000 Schafe, 60 000 Stiere, Ochsen usw., sowie 30 000 tragende Kühe und Färsen. An Pferden hatte die Entente insgesamt rund 150 000, an Rindern aber 888 000, davon 640 000 Milchkühe und tragende Färsen, und an Schafen insgesamt rund 900 000 gefordert. Für die Lieferung des verbleibenden Restes wird vor Ablauf der sechsmonatlichen Frist eine neue Festsetzung im Einverständnis mit der deutschen Regierung gemacht werden.

Zur bevorstehenden Zwangsanleihe.

Vorteile und Schwierigkeiten.

Zu der namentlich durch den Reichsbankpräsidenten Hagenstein dringend befürworteten Zwangsanleihe wird jetzt offiziell erklärt:

Wenn eine solche Zwangsanleihe, der ja auch der Reichsfinanzminister durchaus sympathisch gegenübersteht, zur Wirklichkeit wird, so muß das so schnell wie irgend tunlich geschehen, um die Schäden noch nach Möglichkeit zu vermeiden, die bereits durch das lange Hinausschieben der Eingelebung des Reichsnotopfers entstanden sind. Sind sich die zuständigen Ministerien einig und haben sich auch die Kommissionen einmütig dafür erklärt, so wird in die betreffende Gesetzesvorlage umgehend eingeleitet werden können, um eben die ganze Angelegenheit so zu beschleunigen, daß sie noch vor dem Reichsnotopfer oder vielmehr vor der Eingelebung desselben in Kraft tritt. Eine derartige Anleihe würde zudem auch der Entente gegenüber den Beweis liefern, daß alles getan worden ist und getan wird, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, daß man weit über die Grenzen der Steuererhebung und der Vermögensstrafe des deutschen Volkes hinausgeht, und daß die Annahme, es seien noch irgendwelche Reserven im Lande vorhanden, vollständig unbegründet ist. Die Zwangsanleihe muß sofort bezahlt werden. Der Kurs, zu dem sie angenommen werden muß, wird auf etwa 85 bis 87 zu schätzen sein. Sie könnte frei von der Kapitalertragssteuer bleiben, und da sie seiner voraussichtlich auch für das Reichsnotopfer verwendet werden kann, so ist anzunehmen, daß der verbleibende Betrag der Gesamtanleihe, der naturgemäß im freien Handel eine Kursermäßigung erfahren wird, leicht Aufnahme findet. Von der Zwangsanleihe müßten alle diejenigen befreit sein, die bis Ende des Jahres das Reichsnotopfer bereits bezahlt haben. Bei der neuen Deklaration, die notwendig werden wird, dürften die selbstgezeichneten Kriegsanleihen insofern eine gewisse Berücksichtigung finden, als sie bei der Verteilung der Zwangsanleihe in Abzug gebracht werden. Ein Viertel des Vermögens soll, wie schon früher erwähnt, in einer solchen Anleihe angelegt werden; man wird aber namentlich den verschiedenen Betrieben, Industrie- und Gewerkschaften usw. wesentlich entgegenkommen müssen, indem man für eine Lombardierung der Anleihe Sorge trägt, damit den Gesellschaften nicht eine Störung im Geschäftsbetrieb aus der Zwangsanleihe erwächst.

Amerikanische Finanzpläne.

Eine Ententebank für Deutschland.

In den Vereinigten Staaten sind bekanntlich noch über vier Milliarden deutschen Eigentums beschlagnahmt, die nun irgendwie nutzbar gemacht werden sollen. Von amerikanischer Seite ist nunmehr ein Projekt ausgearbeitet worden, das angeblich in Genf lebhaft erörtert wird und das wohl auch bei der Londoner Zusammenkunft der Minister-

präsidenten eine erhebliche Rolle spielen dürfte. Die Kontrolle, von der Lord George in letzter Zeit häufig spricht, soll nämlich im Endeffekt auf eine finanzielle Kontrolle Deutschlands hinauslaufen, und zwar auf folgender materieller Basis:

Auf der Grundlage der erwähnten 4 Milliarden soll ein amerikanisch-englisch-französisches Noteninstitut errichtet werden. Die 4 Milliarden sollen als 2 Milliarden Golddeckung betrachtet und auf dieser Basis bis zu höchstens 16 Milliarden Mark neue Noten ausgegeben werden, die je nach der Bewertung der 4 Milliarden deutschen Eigentums in Amerika mit 50 bis 100 % Gold gedeckt sind. Das neue Noteninstitut würde unter der Voraussetzung, daß das Notenemissionsrecht der Reichsbank aufhört, die alten Marknoten im Verhältnis von 1:6 in Zahlung nehmen.

Auf diese Weise hofft man, die Mark zu stabilisieren, die ändern von der Mark abhängigen Werten ebenfalls zu fixieren und zu stabilisieren, um so einen gesteigerten amerikanischen Export wieder zu ermöglichen. Selbstverständlich bedingt eine derartige Transaktion auch ein Genehmigungsrecht der internationalen Finanzkommission bzw. des neuen Bankinstituts hinsichtlich des deutschen Reichsstaats, mit anderen Worten: die Einführung einer absoluten Finanzkontrolle. Der Durchführung dieses Projekts stehen bisher auf Entente-Seite nur die französischen Wiedergutmachungsansprüche entgegen, die vor Inkrafttreten des neuen Instituts geregelt werden müssen. Nach Ansicht der Amerikaner wird aber der englisch-amerikanische und italienische Druck auf Frankreich ausreichend sein, um eine Regelung zu ermöglichen, zumal auch der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs davon bedingt ist.

Internationale Kreditorganisation.

Der Vorsitzende der Finanzsektion der vom Völkerbundsrat eingesetzten provisorischen Finanz- und Wirtschafts-Kommission Strafos (Südafrika) erklärte Pressevertretern: Die wichtigste Aufgabe der provisorischen Kommission ist die Schaffung einer internationalen Kreditorganisation, die es den besonders verarmten Ländern Europas, wie den Zentralmächten ermöglicht, Rohstoffe einzuführen und diese als Substrat wiederauszuführen. Diese Kredite dürfen nur von den ganz verarmten Ländern in Anspruch genommen werden, die sich allein nicht helfen können. Die Kreditorganisation ist so gedacht, daß die Staaten für die den einzelnen Privatwirtschaften zur Verfügung gestellten Rohstoffe eine Garantie zu leisten hätten. Die praktische Durchführung soll so erfolgen, daß die von der in der Frage stehenden Regierung ausgeteilten Bonds an die internationale Kreditorganisation gelangen, die den Wert der Bonds feststellt, die als Garantie für die gewährten Kredite dienen. Die Kommission hat in den letzten 14 Tagen die Einzelheiten dieses Plans weiter ausgearbeitet. Ferner beschäftigt sie sich mit der Frage der Errichtung eines internationalen Clearinghauses, mit dem Stande der Budgets der einzelnen Länder usw. Strafos betonte, daß die aus Fachleuten zusammengesetzte Kommission von dem ersten Willen befeuert sei, die Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz weiter auszuwickeln und für ihre Durchführung praktische Vorschläge zu machen.

Sinowjew und die Unabhängigen.

Die Weltbeglucker unter sich.

Sinowjew hat unter dem Titel „Zwölf Tage in Deutschland“ eine Broschüre über seinen Aufenthalt in Deutschland herausgegeben. Darin zeichnet er von den Führern der Unabhängigen folgende Bilder:

Silberding: ... Kautsky bleibt immer noch in seiner Art ein ehrlicher Opportunist; aber bei seinem würdigen Schüler Silberding findet man neben einer gelehrten Bedanterie stark ausgeprägte Züge eines betrügerischen Börsenmaklers. Wenn Kautsky die proletarische Revolution bekämpft, so sucht er seine Anreuer hauptsächlich in den Büchern. Silberding jedoch versteht es, diese Anreuer auch aus dem Vorzimmer eines englischen Diplomaten, aus dem Kabinett eines Vandalen und, wenn nötig, ... auch aus noch anrüchlicheren Stellen zu holen.“ (S. 13-14.)

Dihmann: ... Wenn Dihmann noch keine Arbeiter niedergeschossen hat, so nur deshalb, weil er bisher keine Gelegenheit dazu hatte. Aber Dihmann spürt schon den Geruch des Arbeiterblutes, er freut sich schon im Voraus auf den Augenblick, wo er Minister wird und die Möglichkeit erlangt, mit der kommunistischen Kanaille abzurechnen.“ (S. 24.)

Grispian: ... Auf dem Parteitag in Halle haben wir nicht den schneidenden Grispian gesehen, sondern den Grispian, der sich mit Händen und Füßen an die Macht klammert, und der seine Niederträchtigkeit schämt, um diese Macht zu behalten. ... Von Scheidemann unterscheidet sich Grispian nur dadurch, daß jener blond und dieser dunkelblond ist.“ (S. 23.)

Lebedour: ... Viele haben bisher Lebedour einfach für einen alten Hanswurst gehalten. Aber nach allem, was wir geschilbert haben, ist es klar, daß er nicht bloß ein Hanswurst, sondern ein blutdürstiger Hanswurst ist.“ (S. 24-26.)

Mosenfeld: ... Gestern war er für die Linken, heute ist er für die rechten Unabhängigen. Gestern war er bereit, das eine zu beweisen, heute wird er bereit sein, mit tränender Stimme genau das Gegenteil zu beweisen.“

Das ist aber der Berliner Freiheit doch zuviel und sie schreibt entrüstet: „So sieht also der Dursche aus, der an der Spitze der dritten Internationale steht. Dieser Dump, der uns beschimpft, um sich, als er politische Unannehmlichkeiten hatte, an uns heranzuhäufeln und um unsere Intervention zu bitten, der Lebedour und Mosenfeld nach Halle anbietet, sie in seine Internationale aufzunehmen, beschwindelt und betrügt benutzt die russischen Arbeiter. Er kann das, weil der bolschewistische Terror verhindert, daß die Arbeiter die Wahrheit erfahren. Und so nützt er die Lage zu Schmutzanhäufungen aus, die den Rumoren in

der Gesellschaft anständiger Menschen für immer unmöglich machen."

Liquidation der Neukommunisten.

Eine arge Enttäuschung.

Den außerordentlichen Parteitag des linken Flügels der U. S. D. in Berlin, der einige formale Beschlüsse über die Verschmelzung der Neukommunisten und Kommunisten fassen mußte, eröffnete Abg. Räumig mit einem wortreichen Bekenntnis zur "revolutionären Aktion der Massen". Stöcker erstattete den Geschäftsbericht. Namens der Zentrale erhob er noch einmal den rechtlichen und tatsächlichen Anspruch darauf, daß die Neukommunisten — da sie in Halle in der Mehrheit geblieben seien — der Teil der alten unabhängigen Partei seien, der berechtigt sei, den Namen zu führen und den Parteiparat zu übernehmen. Stöcker kündigte an, daß trotz der gerichtlichen Mißerfolge die vier Mitglieder der Zentrale — Adolf Hoffmann, Köhnen, Stöcker und Räumig — verurteilt würden, auf gerichtlichem Wege sich in den Besitz einer größeren Anzahl von Prospektblättern der Unabhängigen zu setzen. Der Bericht des Redners über die Mitgliederzahl, die zu den Neukommunisten übergegangen sei, klang nicht sehr hoffnungsvoll. Nach seinen Angaben war nur im Hamburger Bezirk, in Württemberg, in der Gegend um Halle und in Schlesien ein leidlich vollständiger Übergang der Anhänger der alten unabhängigen Partei zu den Neukommunisten zu verzeichnen. In fast allen anderen Gebieten, insbesondere in Berlin, dem Königreich Sachsen, Pommern, Südwestdeutschland, Hagen und im größten Teile von Bayern seien der Parteiparat, die Parteipresse und die Mitglieder bei den Rechtsunabhängigen verblieben. In Berlin seien jetzt 50 000, in Hamburg und 40 000 Mitglieder bei den beliehenden Organisationen des linken Flügels angeschlossen. Es entsprach dem gedämpften Ton dieses Liquidationsberichtes, daß die Gesamtmitglieder der jetzt bei den Neukommunisten angeschlossen Mitglieder — angeblich 428 000 — im Gegensatz zu der entsprechenden Mitteilung auf anderen Parteitagen nicht den üblichen rauschenden Beifall auslöste, sondern den Delegierten eine schlichte Enttäuschung bereitete.

Der Parteitag nahm dann einstimmig eine Entschließung an, in der die Verschmelzung der neukommunistischen Organisationen mit der U. S. D. gebilligt und der "Versäusigten Kommunistischen Partei" alle "Rechtsansprüche" gegen die alte unabhängige Partei übertragen wurden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Zeichnet zur Grenzspende.** Der Reichspräsident und der Reichsfiskus erlassen folgenden Aufruf zur Grenzspende: "Der Tag der Abstimmung über Oberschlesien naht heran. Allen Oberschlesien muß die Beteiligung an der Wahl ermöglicht werden. Große Mittel sind dazu erforderlich. Noch einmal ergeht der Ruf an die freiwillige Gütigkeit, damit durch die Hilfe aller deutschen Väter dem deutschen Reich erhalten bleibt. An der Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mögen die Oberschlesier erkennen, daß das Vaterland an ihnen hängt. Sie mögen daraus neuen Mut zu treuem Verhalten schöpfen. Um so einmütiger werden sie ihre Stimmen für das Deutsche Reich abgeben, je sichtbar hinter ihnen der Wille des deutschen Volkes steht. Der Ausdruck des Willens ist die Tat. Zu solcher Tat bietet die Sammlung zur Grenzspende Gelegenheit. Keiner darf fehlen, wo es gilt, der Heimat die Treue zu beweisen."

✦ **Strafantrag gegen den Vorwärts wegen Beleidigung des Offiziersstandes.** Der Deutsche Offiziersbund hat beim Landgericht I Berlin gegen den Vorwärts einen Strafantrag gestellt, weil diese Zeitung in einem Artikel "Sechsklassenmilitarismus" den Ausdruck gebraucht hat "Die alte kaiserliche Armee und ihr schandbeladenes Offizierskorps". Der D. O. B. hat den Reichswehrminister gebeten, sich im Interesse der Reichswehroffiziere dem Strafantrage anzuschließen.

Frankreich.

✦ **Der Wiedergutmachungsschwindel.** Der Franzose Jean Herbet schreibt in der "Saagischen Post": "Meine persönlichen Informationen überzeugen mich davon, daß die Ausgaben und die Verzerrung der Kosten des Wiederaufbaues viel zu hoch lauten, infolge des Mangels an Organisation und Kontrolle. Ich sage das rund heraus, weil ich

glaube, die beste Politik ist, die Wahrheit ohne Umschweife festzustellen, auch wenn sie unangenehm ist. Aber die Wahrheit liebt mich, zugleich zu konstatieren, daß der Schatz meines einzigen Landes im Grunde ist, ganz allein die Väter zu tragen, die mit diesem Wiederaufbau von so enormem Umfange notwendig verbunden sind." Jean Herbet fordert eine internationale Regelung der Entschädigungsfrage. Aus den Darlegungen, die darauf folgen, ist zu schließen, daß er eine Hilfe Amerikas erwarte, falls französische Zugeständnisse an Deutschland den Amerikanern wünschenswert erschienen.

Schweiz.

✦ **Die furchtbarste Waffe des Völkerverbundes.** Die für die Prüfung der Blockadefrage eingesetzte Unterkommission nahm unter dem Vorsitz Lord Robert Cecil die nachstehende wichtige Entschließung über die Verhängung der Blockade als Mittel zur Aufrichterhaltung des Weltfriedens an. Für den Fall der Verhängung eines Vertragsbruches durch den Völkerverbund ist es Pflicht jedes Mitgliedes des Völkerverbundes: 1. alle diplomatischen Beziehungen mit dem Staat abbrechen, der sich gegen den Völkerverbund vergangen hat; 2. so schnell wie möglich die erforderlichen und mit seiner Verfassung im Einklang stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um allen seinen Staatsangehörigen jegliche Beziehung mit den Bewohnern des von der Blockade betroffenen Staates zu unterlagen. Lord Robert Cecil betonte die außerordentliche Wichtigkeit dieser Entschließung, die dem Völkerverbund gestatte, die furchtbarste Waffe, über die er überhaupt verfüge, die Wirtschaftsblockade, zugunsten des Weltfriedens in die Wagschale zu werfen.

Rußland.

✦ **Ernährungsschwierigkeiten überall.** Petersburger Blätter veröffentlichten Schilderungen über die Ernährungsschwierigkeiten in Petersburg und Moskau. In den Speisehäusern wird den Gästen nur noch eine Pflanzensuppe gesotten. Anlässlich der kritischen Ernährungslage in diesen Städten hat Lenin Befehl erteilt, daß neue Maßnahmen abgehen. In Moskau ist die Lage so bedrohlich, daß der Stadtrat auf eigene Faust beschloß, die noch vorhandenen geringen Vorräte sofort an die Bevölkerung zu verteilen. Der Stadtrat wurde deshalb von der Sowjetregierung in den Anklagezustand versetzt.

Vom Tage.

Austritt Argentiniens aus dem Völkerverbund.

Genf, 5. Dez. Die argentinische Regierung teilte gestern dem Präsidenten der Völkerverbundsversammlung mit, daß Argentinien seine Mitarbeit am Völkerverbund einstellen werde. Der Grund dieses Vorgehens ist die vorläufige Ablehnung der argentinischen Änderungsanträge durch die Vollversammlung.

Genf, 5. Dez. Offiziell wurde gestern bekannt gegeben, daß Argentinien sich vom Völkerverbund zurückgezogen hat. Es herrscht die Ansicht vor, daß die anderen lateinischen Staaten nicht folgen werden. Das Hauptereignis ist, daß ein amerikanischer Staat sich ausgerafft hat, gegen die Diplomatie der alten Welt aufzutreten und den Versuch zu machen, für sein Ideal einzutreten.

Amerikanische Flottenrüstungen.

Amsterdam, 5. Dez. Aus Washington meldet die "Morning Post", daß der amerikanische Marineminister in einem dieser Tage erscheinenden Memorandum dem Kongreß von neuem eine große Ausgestaltung der amerikanischen Flotte vorschlagen wird. Da die Vereinigten Staaten wahrscheinlich nicht dem Völkerverbund beitreten werden, so erfordert die Sicherheit des Landes eine mächtige Flotte. Marineminister Daniels erklärte in einer Rede, daß die Vereinigten Staaten die größte Flotte der Welt haben müßten.

Konstantin und die Erklärung der Entente.

Haag, 5. Dez. Der "Maasbode" meldet: Die Note der Entente ist Konstantin in Luzern mitgeteilt worden. Der König erklärte, daß er keine Notiz von ihr zu nehmen wünsche. Er wolle das Wort den Wählern in Athen überlassen.

Erhöhung der Beamten-Zerungszuschläge.

Berlin. Der Hauptausschuß des Reichstags behandelt die Zerungszuschläge der Beamten. Nach Berichterstatter des Abg. Bölle (Centr.) beantragten die Zerungszuschläge das bei der Orisklasse A statt 75 150 % Zerungszuschläge gezahlt werden sollen, bei Orisklasse B 125 %, bei Orisklasse 100 % und bei Orisklasse D und E 75 %. Auch sollen an gleichen Tage ab die außerplanmäßigen Beamten, die 50 % des vollen Arbeitszuschlages beziehen, als weitere Zerungszuschläge die übrigen 20 des Orisklassensatzes und hierzu den allgemeinen Zerungszuschlag von 50 % erhalten. Der Reichsfinanzminister stimmte dem Antrage zu.

Entente und Einwohnerwehren.

Berlin. Die Nachricht, nach der im Echo die Entente eine halbamtliche Äußerung die Zustimmung der Entente den bayerischen Einwohnerwehren festgestellt hätte, ist nicht zu. Die Entente steht vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, keinerlei Ausnahmen bei der Entwaffnung zu gestatten. Die bereits eingeleitete Eingliederung der von Selbstschutzorganisationen angemeldeten Sonderfeuerwehren (Gewehrkarabiner und Pistolen) nimmt insoweit ihren Fortgang.

Zum Fall Baasche.

Berlin. Wie verlautet, hat der Rechtsvertreter der Unterbliebenen des am 22. Mai auf seinem Gute bei Friedberg des Hochadel von Reichsgrafenstandes erloschen Kapitänleutnants Hans Baasche von der Staatsanwaltschaft in Schneidemühl auf eine Anfrage nach dem Stande der Angelegenheit folgende Mitteilung erhalten: "Das Verbrechen ist eingestellt."

Verschiedene Meldungen.

Hamburg. Drei Boten der Firma Riemeyer in Sarum wurden durch maskierte Männer 250 000 Mark Rohgold entnommen. Die Räuber wurden verhaftet.

Budapest. Der bekannte Reklamekünstler Dr. Sany wurde bei einer Operation von einem Patienten gebissen. Es trat Infektion ein, der Dr. Sany erkrankte.

3. Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Nach dem deutschen Reichstagsauflösung, dem heutigen Nürnberg, waren zum dritten Parteitag der Deutschen Volkspartei an tausend Delegierte aus ganz Deutschland geeilt. Dazu kamen zahlreiche Gäste aus Ost und West, dann die Minister und Vertreter der parlamentarischen Fraktionen der D. S. D. Im Reich und den einzelnen Ländern. Reichswehrminister Dr. Scholz wohnte den Verhandlungen am ersten Tage an, Bizekanzler Heinze ersah am zweiten Tage, während den Reichswehrminister von Raumer Krankheit am Erscheinen verhindert hatte. Außerordentlich zahlreich war auch die Presse vertreten. Zum ersten Vorsitzenden des Parteitages wurde Geh. Rat Prof. Dr. Rahl, M. d. R., gewählt, der zu seiner Begrüßungsansprache vor allem der deutschen Brüder und Schwestern in den besetzten und in der widerrechtlich von Deutschland abgetrennten Gebieten gedachte. Tief ergriffen lauschte die Versammlung den Ausführungen der

Vertreter Deutschösterreichs

und der Deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei. Sie schützten nicht nur das Leid und die Verdrückung der dortigen Deutschen, sondern legten auch vor dem Parteitag das Gebotnis ab, nicht zu lassen, daß der deutsche Art und deutscher Kultur und nicht nur zu werden in dem zuversichtlichen Glauben, daß ein neues großes deutsches Reich in Zukunft alle deutschen Stämme vereinigen werde. Nach Nürnberg seien die nationalen Flamme sei. Spontan erhob sich darauf in der Versammlung und aus tausend Reihen erscholl lausend das Lied: Deutschland, Deutschland, über alle.

Nicht endenwollende Hochrufe hatten diese Vertreter aus Deutschösterreich, Tirol und Böhmen begrüßt. Stürmischer Jubel schlug auch dem Oberpräsidenten gegen, der versprach, alles zu tun, daß Oberösterreich dem Reich erhalten bleibt. Ihnen allen entbot der ehrwürdige Leiter der Versammlung Prof. Dr. Rahl namens des Parteitages Gruß und Handschlag, er erklärte, daß die Millionen Anhänger der Deutschen Volkspartei in Treue fest hinter jedem Deutschen stehen.

Am 20. September wurde Griselbis von Renas G. Darro Treuensels in aller Stille angetraut. Als Gäste waren anwesend die Familie Sarnow, der Baron und seine Tante Agnes und Mutter Anna.

Sehr viele herrliche Glückwünsche liefen ein. Von den Gästen suchten die abtrünnigen Freunde und Bekannten Darro zu zeigen, wie sehr sie sich freuten, ihn schuldlos zu wissen. Sie hatten sich alle in diesen Wochen eingefunden und hatten nach Kräften gutzumachen gesucht, daß sie sich ferngehalten hatten, als Graf Darro Unschuld noch nicht klar erwiesen war. Es ging natürlich durch alle Zeitungen, was in Schloß Treuensels geschehen war.

Griselbis und Graf Darro waren restlos glücklich. Am Morgen ihres Hochzeitstages kam Griselbis mit Graf Darro nach Schloß Treuensels zurück. Baronin hatte auf Graf Darros Bitte die Ausstattung der jungen Braut besorgt. Die lag nun in den Zimmern, die Griselbis bewohnen sollte, zur Ansicht ausgebreitet. Sie war eine Griselbis würdig, und Griselbis freute sich, daß sie sich ferngehalten hatte, als Graf Darro Unschuld noch nicht klar erwiesen war. Es ging natürlich durch alle Zeitungen, was in Schloß Treuensels geschehen war.

Griselbis fand herrliche Aufnahme bei der Baronin Dalheim. Und Graf Darro fuhr nach St. Marien und brachte Griselbis diese herrliche Gräße mit. Das ganze Stiff hatte auf dem Kopf gestanden vor freudiger Aufregung, und Graf Darro hatte an der Tafel mit teilnehmen und immerzu von Griselbis erzählen müssen. Die Lösung hatte bereits stattgefunden, und Mutter Anna hatte lachend versichert, es wäre bei dieser Verlobung sehr wenig ernstlich zugegangen, wenn sie nicht so achsam gewesen wäre. Jede hätte die erste Nummer gleich wollen.

Als Griselbis dann in der nächsten Woche mit ihrem Töchterchen in St. Marien Besuch machte und mit Jubel empfangen wurde, teilte sie den Stiffsdamen mit, daß jedesmal vier von ihnen zusammen nach Treuensels kommen sollten, damit alle bald an die Reide kämen. Diese Mitteilung wurde freudig begrüßt. Griselbis und Gilda wurden mit Liebesworten bald erdrückt und natürlich schwärmten die Stiffsdamen alle von Graf Darro.

(Schluß folgt.)

Griselbis.

Roman von H. Courths-Mahler.

84) (Abdruck ohne vorherige Vereinbarung nicht gestattet).

"Dann allerdings — dann muß 'Nuge Tilly' stehen bleiben." "Ich komme so schnell wie möglich zurück, Griselbis," sagte der Graf, sich von Griselbis verabschiedend. Sie sah ihm mit ihren Sonnenbrillen bis tief ins Herz hinein.

"Auf Wiedersehen, mein Darro!" "Auf Wiedersehen, meine Griselbis!" Die Herren ritten davon, und Griselbis beendete ihre Briefe an Mutter Anna und Tante Agnes.

Mutter Anna berichtete sie ausführlich alles, was geschehen war, und bat sie, diesen Brief auch Tante Agnes zu zeigen und den Stiffsdamen daraus zu erzählen, was sie für gut hielt. Vor allen Dingen möge sie ihnen aber ihre Verlobung mitteilen.

Der Brief an Tante Agnes wurde bedeutend kürzer. Er lautete:

"Mein goldenes Töchterchen! Deine Griselbis ist die Braut des Grafen Darro von Treuensels geworden. Wie das alles kommen ist, wirst Du aus dem Briefe erfahren, den ich an Mutter Anna geschrieben habe. Dir will ich nur noch sagen, daß ich unbeschreiblich glücklich bin. Mein Verlobter wird morgen oder übermorgen nach St. Marien kommen und bei Dir in aller Form um mich anhalten. Er freut sich, Dich, mein goldenes Töchterchen, sehen zu lernen und Mutter Anna zu begrüßen. Natürlich muß ich ihn mit meinen lieben Stiffswedern vorstellen, damit mir alle meine lieben Vizemütter ihren Segen geben können. Mein Verlobter will, daß unsere Hochzeit nicht länger als unbedingt nötig hinausgeschoben werden soll. So werden wir wohl Mitte oder Ende September Hochzeit halten. So lange bleibe ich in Dalheim unter dem Schutz der Baronin Dalheim, die ja wie Du weißt, Tilly von Sarnows Schwiegermutter ist. Da Tilly auch im Oktober heiratet, werden wir Gutsnachbarinnen, was mich sehr freut."

Das kleine Töchterchen meines Verlobten, nun auch mein geliebtes Kind, geht mit mir nach Dalheim. Und wenn nächste oder übernächste Woche ein sehr schöner Tag ist, komme ich mit meinem lieben Töchterchen im Krosfwagen nach St. Marien gefahren, damit ich sie Euch allen vorstellen kann.

O Du mein goldenes Töchterchen — wie ist mein Leben schön und herrlich geworden! Wenn das mein armer, alter Papa noch

den, der irgendwo in der Welt für deutsche Wesen und Leiden (tosender Beifall). Den Hauptvortrag des Tages hielt der

Hr. Dr. Stresemann.

Sein erster Gruß galt dem Reiche, das wir in diesen Tagen so glänzend geleitet haben und dem jetzt jeder Tropfen unseres Herzklopfes gehören. Vaterländische Gründe seien maßgebend für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung. Graf Poladowski, der doch der Führer der Deutschen in der Nationalversammlung sei, habe diesen Eintritt ein Opfer genannt. Die Deutsche Volkspartei dem Lande bringe. Die dieser Opfer müßten getragen werden, denn Vaterland steht über der Partei. Nie und nimmer taten wir Schritte und Maßnahmen auf das Vergehen der Partei für ihre Haltung maßgebend. Unverständlich sei das Verhalten der Deutschen, denen doch wahrlich die leichtere Aufgabe zugefallen sei. Mit Benutzung dürfe aber doch verfahren, daß der deutschnationale Gedanke in der Reichsstadt öffentlich anerkannt habe, daß die jetzige Regierung besser sei als die vorherige. Man könne auch den Führer der deutschnationalen Partei zum Zeugen aufrufen, der in seiner ersten Rede im neuen Reichstag ausgeführt hat, daß das neue eine Mitwirkung der deutschnationalen als unumgänglich bezeichnet habe (Hört, hört). Die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie haben sich auf 6 Sätze beschränkt. Unsere Stellungnahme wiederum völlig konform mit der Stellung der deutschnationalen, die damals bereit waren, unter Zustimmung ihrer Grundzüge eine Regierung auf drei Grundzüge zu schaffen.

Das trennt von der Sozialdemokratie eine ganze Weltanschauung, und dieser Weltanschauungskampf muß getragen werden. Wir treten ein für einen nationalen, freiheitlichen, christlichen und sozialen Staat (Beifall). Die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller bürgerlichen Kräfte auf die Grundlage der Verfassung und Würde der ganzen Nation. Demgegenüber steht die Zerschlagung der Sozialdemokratie, die sich in vier bis fünf sozialdemokratische Gruppen und Parteien aufteilt. Verloren ging die Kraft der sozialistischen Idee. Sie ist zerstückelt an den Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung und an der Unfähigkeit der sozialistischen Führer. Unsere Aufgabe ist es jetzt, die Arbeitermassen für den nationalen und zur positiven Mitarbeit zu gewinnen. Es ist der Liberalismus früher mit sozialen Ideen, so hätte manches besser sein können. Nun darf mit dieser Arbeit, die zu den vornehmsten Aufgaben des Wiederaufbaues gehört, nicht länger gezögert werden. Es ist dabei schärf zu unterscheiden zwischen den sozialdemokratischen Führern und den irren Massen, die in der Urtiefe ihres Denkens sozial sind. Vor allem lehnen wir jeden Anspruch der Herrschaft und Führung der Sozialdemokratie. Das deutsche Bürgertum ist führend in Deutschland. Es bedarf nicht, sondern wir bestimmen, ob unter welchen Bedingungen es möglich ist, die Sozialdemokratie, falls sie eintreten will in die Regierung, aufzunehmen. Die Zukunft gehört dem nationalen und nicht dem internationalen Gedanken. Sie gehört dem Christlichen und nicht dem religionslosen Gedanken.

Die Bedeutung der gegenwärtigen bürgerlichen Bewegung in Deutschland wird lange nicht genug gewürdigt. Wer hätte es im November 1918 für möglich gehalten, daß eine solche Regierung schon anderthalb Jahre später das Steuer des Reiches ergreife? Würde! Hätten die Männer des 9. November verstanden, den letzten Mann gegen die die Bergung der Entente herauszufstellen, dann hätte auch die Monarchie sich abgefunden mit einer solchen nationalen Revolution. Statt dessen haben sie sich für lassen von internationalen Phrasen und haben die Würde mit Füßen getreten. Wir hoffen, daß die Monarchie wiederkehrt, gerufen vom Willen des deutschen Volkes (lebhaft Zustimmung). In dieser Zeit hat niemand ein Verlangen zu den Hohenzollern zu zeigen. Ich spreche es aus, daß es wenige Wochen in der Geschichte der Völker gibt, die rein als solche so viele große Persönlichkeiten hervorgebracht haben, wie das Geschlecht der Hohenzollern (Stürmischer Beifall). Ist nun auch das Kaiserthum gefallen, so ist doch das Reich geblieben. Ihm gilt unsere Liebe. Im Interesse der Reichseinheit haben wir das schwere Opfer der Zustimmung des obersten Autonomiegesetzes blutenden Herzens gegeben, aber in der Frage der Aufrechterhaltung des geordneten gewordenen Preußens gibt es in der Deutschen Partei kein Kompromiß. Wer da nicht mit uns ist, der wende sich! Gegen das sozialistische Verbrechen und das rote Berlin sind wir dagegen genau so entschieden, wie unsere bayerischen Freunde. Preußen steht der feste Kern des deutschen Reiches. Und die Mainbrücke wollen wir fester schlagen und so sicher fundamentieren, daß niemand und mehr unsere deutsche Einheit erschüttern kann.

keine konfessionellen Gegensätze.

Es darf zwischen denen, die verschiedenen Glaubens sind, keine Trennung mehr geben. Wir wollen die große Einheit des christlichen Bekenntnisses zu stärken versuchen und dadurch die Möglichkeit finden zu einer gemeinschaftlichen Arbeit über den Parteien und über den Konfessionen. Das, was uns eint, die christliche Weltanschauung gegenüber den religionsfeindlichen Elementen, ist höher als das, was uns trennen könnte. Ich habe Kulturkampfperiode immer für ein Unglück gehalten. Wir haben keinen neuen Kulturkampf mehr führen. Ja, werden ihn mit allen Mitteln zu verhindern verhindern, denn er würde ein unerträgliches nationales Bedenken. (Stürmische Zustimmung.)

Der nationale Wiederaufbau verlangt nicht zu der Entpolitisierung wichtiger Ämter. Wir haben durchgesetzt im Auswärtigen Amt und im Reichsministerium. Entpolitisiert ist auch die große Entschlossenheit. Was wäre aus ihr wohl geworden, wenn der Hand von Parteifunktionären? Diese Entschlossenheit ist unser Ziel; nicht aber können wir verlangen, daß die Grundzüge der Deutschen Volkspartei von allen anderen Parteien geteilt werden. Wir verlangen stellen wir jedoch fest, daß der Gedanke der Entpolitisierung auch in den anderen Parteien durchgesetzt wird. Bedauerlich bleibt es, daß die großen Parteiführer bei der Regierungsbildung nicht zugegen waren, aber wir haben auch Verständnis

darum, daß bei den Umwälzungen unserer Zeit die Führer des deutschen Wirtschaftslebens auf ihrem Gebiet wichtige Arbeit zu verrichten haben.

Zweifellos hat sich manches zu unserem Vorteil geändert. Die Zwangswirtschaft ist soweit abgebaut worden, wie wir es verantworten konnten, allerdings auch keinen Schritt weiter. Im Reichswirtschaftsministerium ist eine besondere Stelle für Handwerkerfragen geschaffen worden. Unser Antrag über den Schutz der lebenswichtigen Betriebe ist angenommen worden, und wir erwarten, daß uns innerhalb von 4 Wochen ein entsprechendes Gesetz vorgelegt wird. In den lebenswichtigen Betrieben — das möchte ich ausdrücklich feststellen — rechnen wir auch die Landwirtschaft. Wir verlangen einen Abbau in der Beschäftigung unnützer Hilfskräfte und haben den Mut, auszusprechen, daß Deutschland nicht an dem Dogma des Achtstundentages zugrunde gehen darf. Das deutsche Verkehrsweesen ist so organisiert worden, daß wir in diesem Punkte besser daran sind als manche anderen Staaten. Auch die Wiederherstellung der Staatsautorität macht unverkennbare Fortschritte. Wenn das Abkommen von Spa für uns eine Enttäuschung war, so wollen wir doch im Auge behalten, daß nach den Worten Dr. Helfferichs auch die deutschnationalen bereit gewesen wären, das Abkommen von Spa auf sich zu nehmen. Die Persönlichkeit des Ministers Simons achten wir, aber ich muß doch der Befürchtung Ausdruck geben, daß er in seinen Reden nicht immer diejenige Rücksicht auf die unwägbar Seelenstimmung nimmt, die notwendig ist, um Meinungen zu verhalten. Ich denke dabei besonders an die Südtiroler Frage. Die Regierung darf auf uns rechnen, wenn sie den Kampf gegen die Kommunisten aufnimmt. Damit darf sie nicht warten, bis der Bolschewismus selbst die Stunde der Entscheidung für gekommen hält. Sie darf sich nicht das Gesetz des Handelns von Moskau vorschreiben lassen.

Ein dem Bolschewismus verfallenes Deutschland würde den Untergang der gesamten europäischen Kultur bedeuten. Das sollen auch unsere Feinde nicht vergessen. Sie sind es gewesen, die durch die furchtbaren Bestimmungen des Versailler Vernichtungsdiktats erst den Boden für die Aufnahme bolschewistischer Ideen in Deutschland geschaffen haben. Darum ist die Revision des Versailler Vertrages eine Frage, die nicht nur über die Zukunft Deutschlands sondern der ganzen Welt entscheiden wird. Einig muß das deutsche Volk in der Forderung der Revision des Friedensvertrages sein! Gebt uns Gott diese Einigkeit, damit wir endlich wieder bessere Tage sehen.

Bei den letzten Worten Stresemanns hatte sich die Versammlung erhoben und gepaßt von der Wucht des Vortrages erscholl spontan das wohlbekannte Lied: „Galtet aus im Sturmgebraus!“

Diese Rede war der Höhepunkt des Parteitages. Die folgenden Reden bauten sich logisch auf der von den Gedankenängen Stresemanns geschaffenen Grundlage auf und gliederten sich zu einem großen Programm des nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaues Deutschlands.

Schon die beiden nächsten Redner ließen Sturm gegen das Bollwerk von Versailles, das als erstes überwunden werden muß, wenn überhaupt ein Wiederaufbau Deutschlands möglich sein soll.

Von lebhaftem Beifall begrüßt sprach Reichstagsabgeordneter Herrmann v. Versner über die politischen und Reichstagsabgeordneter Dr. Jaffé über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Diktats.

Der erstere schildert auf Grund seiner persönlichen Eindrücke das in Versailles gegen die deutsche Delegation geübte Verfahren. Nach seiner Überzeugung und der der ganzen deutschen Delegation wären bedeutendere Erleichterungen durchzusetzen gewesen, wenn man nicht in Paris schon gewußt hätte, daß Erzberger alles unterzeichnen würde, und daß die unabhängige Sozialdemokratie in Berlin Dummheiten auf die Straße gerieben hätte, um die Annahme des Versailler Diktats durch die deutsche Regierung zu erzwingen. Wo dagegen die Heimat einmütig hinter der Delegation gestanden habe, da sei es dieser gelungen, wichtige Änderungen, wie in der Frage der Kriegsverbrechen, zu erzielen. Darum würde auch die von Stresemann geforderte Einigkeit in der Abwehr zur Revision des Versailler Diktats führen. Notwendig sei jedoch eine große Propaganda im Innern und Auslande. Immer wieder müsse sich das deutsche Volk vor Augen halten, was England durch seine zielbewußte Propaganda erreicht habe. Als ein gutes Beispiel begrüße er es, daß der neue Außenminister Simons in Düsseldorf erklärt habe, daß er einen neuen Einmarsch der Franzosen als einen feindseligen Akt betrachten würde. Festigkeit der Regierung, Einigkeit des Volkes, Fleißarbeit in der Propaganda, das seien die sichern Wege, die zur Revision des Versailler Diktats führen.

Erschütternd wirkten die Darlegungen des zweiten Redners, der Tatsachen und Ziffern aufmarschieren ließ, die die wirtschaftliche Verfassung Deutschlands durch den Friedensvertrag anschaulich zeigten. Wir sind verpflichtet, fünf Jahre lang bis zur Höhe von 200.000 Tonnen jährlich Schiffe für die Entente zu bauen, 10 Jahre lang kann Frankreich jährlich 40 Millionen Kohle von uns verlangen, 60 Prozent des Borkum an Harzstoffen und Chemikalien haben wir abzuliefern und 25 Prozent der Erzeugung auf 6 Jahre hinzugeben. Außerdem sind uns Zahlungen in Höhe von 100 Milliarden Goldmark auferlegt, deren Zinsen so gestellt sind, daß wir vom Jahre 1926 an jährlich 4 Milliarden Goldmark zu zahlen haben. Dazu sind unsere Kanäle, Häfen und Flüsse internationalisiert, die Flotte hat man uns genommen, wir sind auch nicht mehr in der Lage, die Weltmärkte zugunsten unserer heimischen Industrie zu bemessen, denn die feindseligen Güter haben auf unsere Eisenbahnen ohne weiteres alle Erleichterungen wie deutsche Güter. Jede Vergünstigung, die wir irgend einem Staate gewähren wollen, mit dem wir in Handel treten möchten, fällt auch unseren Feinden zu, so daß es uns überhaupt nicht mehr möglich ist, Handelsbegünstigungsverträge mit anderen Staaten abzuschließen.

Reichsminister Scholz, von lebhaftem Beifall empfangen, kennzeichnet mit schlagenden Worten das Versailler Diktat als Grundlage unserer gegenwärtigen Verelendung. Durch eine einstimmig angenommene Resolution gab der Parteitag sein Einverständnis mit diesen Ausführungen kund.

Inbeimder Jura begrüßte zu Beginn des zweiten Tages den

Vizekanzler Dr. Heinze,

der trotz der Arbeitshäufung es sich nicht hatte nehmen lassen, wenn auch nur kurz, zum Parteitag zu kommen und die Anwesenden zu begrüßen. Er außerordentlich interessanten und padenden Ausführungen schilderte er die Tätigkeit der Regierung, zugleich das bisher Gesehene betonend und hinweisend auf die großen Aufgaben der nächsten Zukunft. In seinen Ausführungen befand sich vor allem der feste Entschluß des jetzigen Reichskabinetts, mit allen Mitteln und auf allen Gebieten die

Staatsautorität wieder herzustellen.

Die stürmische Zustimmung, die der Vizekanzler beim Parteitag fand, war ihm sicherlich die beste Befestigung, daß die Wähler der Deutschen Volkspartei mit der Führung der Reichsgeschäfte durch ihre Vertreter einverstanden sind.

Dann sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo über die wirtschaftlichen und der Reichstagsabgeordnete Thiel über die sozialen Maßnahmen, die nach ihrer Überzeugung den Weg des Wiederaufbaus darstellen.

Ersterer stellte die Erhöhung der Kohlenproduktion in den Vordergrund seiner Erörterungen, letzterer gedachte insbesondere der Kriegswitwen, der Kriegswaisen, der Kriegsinvaliden und Kriegsgeschädigten, für die alles getan werden müßte, damit sie nicht in Not und Elend verkommen. Beide waren sich darüber einig, daß nur durch eine Steigerung der Produktion, die mit allen Mitteln erreicht werden müsse, es möglich sei, die Arbeitslosen von der Straße zu bekommen und dauernd positive Werte zu gewinnen. Die Rentenpresse kann nur scheinbare Werte hervorbringen. Beide gesehten treffend die Hilflosigkeit der sozialistischen Führer, die den Massen nur Phrasen bieten konnten, die ihnen Steine statt Brot gaben, beide verurteilten die armen Weltsozialismus, der alles schädliche Leben erstickt, Arbeit, wirtschaftliche Arbeit ist unsere Rettung! Ernährung, Sicherung und Ausbau der sozialen Verhältnisse unsere Pflichten. Tosender Beifall folgte den Worten des Vizekanzlers, als er es als eine der vornehmsten Ziele der Deutschen Volkspartei bezeichnete, durch eine gesunde Sozialpolitik eine Brücke zu schlagen zwischen den Klassen und alle zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Vaterlandes.

Eine verständnisvolle, scharfe, die Probleme an ihren Wurzeln fassende Kritik übte dann noch der Reichstagsabgeordnete Dr. Curtius an den Sozialisierungsplänen für die Kohlenwirtschaft.

Für diesen von Lebensdrang und Tatkraft erfüllten Parteitag brachte der glänzende Geschäftsbericht über die großartige Entwicklung der Parteipraxis eine große Überraschung. Die Zahl der Ortsvereine hat sich innerhalb Jahresfrist auf das Dreifache, auf über 3000 erhöht; die Zahl der hauptamtlich angestellten Parteibeamten ist in der gleichen Zeit von 90 auf 200 gestiegen; an eingeschriebenen Mitgliedern der Partei sind bei der Reichsgeschäftsstelle in Berlin gegen 500.000 gemeldet. Das bedeutet eine Zunahme von 70 Prozent gegenüber den Stand des vorigen Parteitages. Aber auch diese Angaben sind schon wieder durch den Weltergang der Organisation überholt. Nach den neuesten Angaben der Wahlkreise ist die erste Million der Mitglieder überschritten. Darin liegt die beste Gewähr für die sichere Zukunft der Deutschen Volkspartei. Es sind auch die Mitglieder, die die Kosten des Wahlkampfes getragen haben. Die geheimnisvollen Missionen, die der Partei angedichtet werden, existieren leider nur in der Phantasie der gegnerischen Parteien.

Ein reicher Kranz von Sonderveranstaltungen und Beratungen, wie Versammlungen der Frauen, der Arbeiter, des Mittelstandes, der Handwerker, der Angestellten und Beamten, der Akademiker, der Schulleute, der Parteijugend usw., räumte sich wirkungsvoll und farbenprächtig um die bedeutame Veranstaltung des dritten Parteitages der Deutschen Volkspartei.

„Aufwärts und Vorwärts!“ Das waren die Schlusssätze des Staatssekretärs Dr. Krause. — Dann erscholl die feierlichen Klänge des niederländischen Dankgebets:

„Derr mach' uns frei!“

Welt- und Volkswirtschaft.

* Die Erzförderung im Siegerland. Ueber die Förderung von Eisenerzen im Siegerländer Bezirk meldet die Nachrichtenabteilung der Fachgruppe „Bergbau“ des Reichsverbandes der deutschen Industrie: Die gesamte Förderung von Eisenerzen betrug 1919: 1.771.967 t, die tägliche Arbeitsleistung 5800 t bei einer Arbeiterzahl von 12.316. Im letzten Friedensjahre betrug die Förderung 2.630.000 t, arbeitsmäßig 8620 t bei einer Arbeiterzahl von 11.056. 1920 ist die Förderung gegenüber 1919 weiter gesunken. Trotz Vermehrung der Arbeiterzahl ergibt sich demnach aus der allgemeinen beobachteten Minderleistung pro Mann und Tag ein weiteres Sinken der Förderziffer. Im Dill- und Lahngebiet hat sich die Lage wenig geändert. Die hochprozentigen Erze gehen in den Verbrauch über, während bei den niedrigprozentigen Erzen immer noch starker Abzugaufschlag, hervorgerufen durch den Kohlenmangel der Hochofen und durch die erhöhte Einfuhr von Schmelzenergien herrscht. Vom Reichswirtschaftsministerium wurden die Gruben zu einer Herabsetzung der Preise um etwa 5 pSt. veranlaßt.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 8. Dezember.

* Der kommissarische Landrat des Dillkreises, Herr Reg.-Rat Bartmann ist zum Landrat des Dillkreises ernannt worden.

Dillenburg. Die Stadtverordneten genehmigten die Magistratsvorlage auf Erhöhung des Wassergeldes von 25 Pf. auf 60 Pf. für das Kubikmeter und auf Verdoppelung der Baupolsteuergeldern. Eine Vorlage auf städtische Beihilfe zu der nicht gedeckten weiteren Uebertreibung für die von dem gemeinnützigen Bauverein geplanten Wohnungsbauten (19 Wohnhäuser mit 51 Wohnungen) im Mittelfeld wurde auf eine Woche vertagt. Es handelt sich um einen städtischen Zuschuß von insgesamt rund 700.000 Mk.; von dem Eisenbahnsiskus wird ein Zuschuß von 1/2 Million Mark erwartet. Da der Kreisverband für Handwerk und Gewerbe ebenfalls die Errichtung von Wohnhäusern plant, soll zunächst dessen Projekt mitberaten werden.

Wetzlar. (Strafkammer.) Der Stellmacher Wolf S. von Dillheim war angeklagt, in der Nacht vom 10. zum 11. Juli ds. Js. aus dem unverschlossenen Holzschnitzwerk von Jakob Weimer in Ehringshausen 8 Treibriemen im Werte von 232 Mk. gestohlen zu haben. Am 22. d. M. beobachtete Weimer, daß der Angeklagte, der bei ihm wohnte, mit einem gefüllten Rucksack in den Zug nach Herborn stieg. Weimer hatte Verdacht, daß in dem Rucksack die gestohlenen Treibriemen waren, was der Angeklagte auch später zugab. Die Riemen verkaufte der Angeklagte an den Mitangeklagten Kaufmann Gotthilf S. in Herborn zum Preise von 950 Mk. Die Treibriemen wurden bei S. beschlagnahmt. Der Angeklagte S. will die Treibriemen unter Holz versteckt gefunden haben. S. behauptet, daß er nicht gewußt habe, daß die Riemen gestohlen waren; er habe die Riemen auch nicht unter Preis gekauft. Der Staatsanwalt beantragte gegen S. eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten, gegen S. Freisprechung. Urteil: Der Angeklagte S.

wird zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte B. wird freigesprochen.

Marburg, 3. Dez. Das Landgericht verurteilte heute fünf Kriegsteilnehmer, die als angebliche Kriminalbeamte das Papiergeld auf seine Echtheit prüften und dabei zahlreiche Landwirte prellten, zu Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren.

Höchst, 4. Dez. Während in der Stadtverordnetenversammlung schon seit längerer Zeit eine sozialistische Mehrheit herrscht, haben die Sozialisten über die Wahl des neuen Beigeordneten Beiersdorf nun auch im Magistrat das zahlmässige Übergewicht errungen. Für den Posten eines dritten Beigeordneten dürfte ein weiterer sozialistischer Kandidat, der Lehrer Diefenbach in Betracht kommen. Erwähnenswert ist, daß im höchsten Magistrat nicht ein einziger Jurist sitzt, obwohl die dringende Notwendigkeit eines solchen schon lange von allen Seiten anerkannt wurde.

Hannau, 4. Dez. Der Straßenbahnbetrieb wurde infolge Kohlenmangels von den Stadt. Betriebswerken vollständig eingestellt. Aus demselben Grunde ist die Gas- und Stromabgabe bis auf weiteres nachmittags von 1-5 Uhr gesperrt.

Bad Wildungen. Infolge des weiteren Zurückgehens des Wasserstandes im Edersee hat der Vertrauensmann des Reichskohlenkommissars weitere Einschränkungsmaßnahmen im elektrischen Stromverbrauch angeordnet. Motoren dürfen überhaupt nicht mehr betrieben werden. Nur in lebenswichtigen Betrieben ist der Betrieb von Motoren gemäß den Ausnahmebestimmungen bis auf Widerruf noch gestattet.

Kreuznach, 4. Dez. Auf der Suche nach neuen Steuerquellen beschloß die letzte Stadtverordnetenversammlung eine Balkensteuer, eine Klaviersteuer und eine Zimmersteuer einzuführen. Allein auch diese Forderung wird sich kaum allzusehr lohnen, da man bei den gesamten Steuern nur auf eine Einnahme von höchstens 60.000 Mk. rechnet.

Bad Hamburg, 4. Dez. Diebe hielten in der vergangenen Nacht den 12-pferdigen Motor mitgehen, der das Wasserpumpwerk des Seebad-Hotels in Betrieb setzte.

Leipzig, 5. Dez. Mit Rücksicht auf die von der Entente erlassenen Vorschriften hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, von der geplanten Einrichtung des Ortsbundes für die Stadt Leipzig abzulehnen.

Wittenberg, 5. Dez. Gestern nacht wurde in der katholischen Kirche zu Wittenberg ein Einbruch verübt. Das Tabernakel mit dem goldenen Becher und die Monstranz von hohem Metall- und Kunstwert sind gestohlen worden. Die Täter versuchten schon vor einiger Zeit einen Einbruch, damals aber ohne Erfolg. Von den Räubern fehlt jede Spur.

Mexiko, 5. Dez. Gegen den früheren Rebellenführer General Villa wurde ein Attentat verübt. Zwei Revolverkugeln wurden auf ihn abgefeuert, die ihn schwer verwundeten.

Geschäftliches.

Keine künstlichen Düngemittel mehr nötig. Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft!

Der „Deutschen Düngemittel-Industrie“ Mag. Bohn in Wiesbaden, Heretal 14, ist es nach jahrelangen erfolgreichen Versuchen gelungen, ein Verfahren zur Gewinnung natürlicher Dünger (Dung, Mist) zu konstruieren, nach welchem weder Rohstoffe, noch künstliche Düngemittel Verwendung finden und auch eine Mehrarbeit des Landwirts nicht erforderlich wird.

Die zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe, die bisher wertlos waren, hat jeder Landwirt in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Koppel vorräthig.

Die „Bohn'sche Düngerkultur“, wie dies Verfahren bezeichnet wird, ermöglicht es also jedem Landwirt, seinen natürlichen Dünger (Dung, Mist) je nach Bodenverhältnissen mühe- und kostenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren.

Welcher ungeheuren Nutzen und Gewinn nicht nur dem Landwirt, sondern auch der Allgemeinheit dadurch erwächst, ist kaum abzusehen. Dieses Verfahren ist in allen Kulturstaaten zum Patent angemeldet und darf nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Erfinders, die (im Lizenzwege) gegen eine einmalige Abfindungssumme von nur 50.- Mk. an jedermann auf Antrag erteilt wird, benutzt werden. Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein bescheidenes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten. Unrechtmäßige Benutzung wird nach dem Patentrecht bestraft. Günstig machen unsere Landwirte zum Nutzen aller recht regen Gebrauch von diesem erfreulichen Fortschritt.

Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in heutiger Nummer.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 6. Dez. Vor der Abstimmung in Oberschlesien. In der „Welt am Montag“ bemerkt Gerlach, daß für die Oberschlesier die polnische Wehrpflicht das stärkste Argument gegen die Polen sei. Er schreibt: Die Oberschlesier müssen, wenn sie für Polen stimmen, mit der Wehrpflicht rechnen. Ihr Leben von neuem in die Schanze zu schlagen. Deutschland dagegen hat keine Wehrpflicht mehr.

Hannover, 6. Dez. (Zu.) Vor dem hiesigen Oper- und Schauspielhaus fand Sonntag Mittag eine gewaltige Demonstration für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland statt. Redner der verschiedensten Parteien ergriffen das Wort und erhoben flammenden Protest gegen die neuerliche Forderung der Entente, die Abstimmung der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier in Köln stattfinden zu lassen, wodurch die Abstimmung für Oberschlesien gefährdet werde. Alle Redner betonten einmütig, daß Oberschlesien nur unter deutscher Herrschaft das bleiben könne, was es bisher gewesen ist, und daß Deutschland nur dann seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nachkommen könne, wenn Oberschlesien bei Deutschland verbleibt. Starker Beifall aus dem nach Tausenden zählenden Publikum belohnte die Redner für ihre Ausführungen. Entlohten Hauptes schloß die Menge mit Rufen des Liedes „Ich hab mich ergeben“ die eindrucksvolle Feier.

Dresden, 6. Dez. (Zu.) Die Kommunisten zur sächsischen Regierungsbildung. Zur Regierungsbildung in Sachsen verhandelt, daß auf eine Anfrage beider sozialistischen Parteien, die die Regierung in Sachsen bilden wollen, die Kommunisten erklärt haben, daß sie einen Eintritt in die sächsische Regierung zur Zeit ablehnen, den

beiden Parteien aber eine Unterstützung der Neutralität solange zusichern, als von ihnen in der Regierung eine wirkliche sozialistische Politik gerieben wird.

Lemberg, 6. Dez. (Zu.) Die Deuerung in Polen. Nach Bahnschließungen der Sachverständigen nimmt die Deuerung in Polen immer mehr zu. Die Lage hat sich so gestaltet, daß in Kürze eine Ausfuhr von Waren nicht mehr wird erfolgen können. Da aber der Wert der polnischen Warena nur durch Ausfuhr gehoben werden kann, beabsichtigt das Finanzministerium eine Ausfuhrabgabe z. B. für Holz gänzlich fallen zu lassen. Infolge der weit über das Maß der Geldentwertung gestiegenen Produktionskosten, ist bereits heute deutsches Holz billiger als das inländische. Im freien Handel ist sogar das ausländische Getreide billiger als das polnische. Wenn das so weiter geht, daß im Auslande alles billiger erstanden werden kann, wird die polnische Produktion bald nicht mehr lohnenswert erscheinen. Wie diejenigen, die immer wieder Lohnsteigerungen durchführen wollen, sollten endlich doch einmal begreifen, daß dieser Weg zum Hungertod führt; denn was soll eigentlich für die völlig wertlos gewordene Währung noch eingeführt werden? Es ist hohe Zeit, daß die Regierung ihren Bürgern die ganze Wahrheit enthüllt.

Reklame.

Keine künstlichen Dünger mehr nötig!
Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

„Bohn'sche Dünger-Kultur“

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen mühe- und kostenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Düngemitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlos und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Koppel vorräthig hat.

Durch die „Bohn'sche Dünger-Kultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln.

Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslandspatente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50.- Mk. gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme oder auf Postchekkonto 18784 Frankfurt a. M., abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein bescheidenes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Der das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentrecht bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50.000 Mark Geldbuße bestraft und ist Schadenersatzpflichtig.

Landwirte! Richtet Euch für die Frühjahrssaat und bestellt sofort die „Bohn'sche Dünger-Kultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrauchte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

Deutsche Düngemittel-Industrie 3980
Mag. Bohn, Wiesbaden, Heretal 14.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Red.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Nach § 8 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn vom 21. Mai haben die Arbeitnehmer ihre Steuerkarte der Steuerhebestelle zwecks Hingabe der Steuermarken an Zahlungs-Statt vorzulegen. Die Hebestelle hat die Steuermarken mit dem entsprechenden Blatte aus der Steuerkarte zu entfernen. Wie von den Hebestellen mitgeteilt wird, werden die Steuerkarten vielfach von den Arbeitnehmern nicht vorgelegt. Wir weisen daher auf obige Vorschrift erneut hin, und bemerken, daß die Hebestellen bei Abtrennung eines Blattes mit Steuermarken dem Arbeitnehmer eine Bescheinigung nach Muster 2 der Bestimmungen vom 21. Mai 1920 ausstellen haben, welche für den Arbeitgeber den Ausweis für die geklebten Steuermarken bildet.

Dillenburg, den 6. Dezbr. 1920. 33

Das Finanzamt.

Bruchleidende

Die einzige, zuverlässigste und mit vollem Erfolg angewandte Methode in der Behandlung des Bruches u. seiner Folgen ist mein konfurrenzloser Spezialapparat, dessen federnde Pelotten den Bruch wie die Hand von unten nach oben und dabei richtig im Körper zurückhält. Federlos, einzig aus Leder und nach Maß gearbeitet. (Patentamtlich geschützt). Sicher und beständig ohne zu quälen. Tag und Nacht tragbar und verkleinert dabei die schweren Brüche. Schriftliche Garantie. Herzlich empfohlen. Der Vertreter des Spezialfrn ist von 9-3 Uhr zu sprechen in:

Dillenburg, Freitag, den 10. Dezember, Bahnhofhotel;
Herborn, Samstag, den 11. Dezember, Hotel Hildgrund;
Beilhar, Sonntag, den 12. Dezember, Hotel Raltwasser.

Alleinfabrikant:

P. Ginder, Spezial- bandagist, Saarbrücken 3
Rassauerstr. 20. 3972

Verkaufe Dienstag oder Mittwoch am Güterbahnhof
Rotkraut u. Wirsing.

Weihnachtsbäume

kommen in der Woche vor Weihnachten zum Verkauf.

B. Pracht, Herborn.

3987

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen
zeigen hoch erfreut an
Willi Zipp u. Frau
Lina geb. Mackenroth
3986
z. Zt. Hamburg.

Weizlar-Braunfelser Konsum-Verband
Herborn.

Eingetroffen:

Großer Posten

wollene Herren- u. Damen-Stoffe
Web-, Wirk- und Strickwaren
Knabenanzüge, Schuhwaren

zu gesenkten Preisen.

— Fortgesetzt Eingang von Neuheiten. —

3983

Der Vorstand.



Ent erhalt. gebrauchtes
Reißzeug

zu kaufen gesucht. 3974
Näh. in der Geschäftsst.
ds. Bl.

Frühe Bäckinge

eingetroffen, ferner empfehle:

Delikates-Gringe
in Majonaise,
geräucherter Lachs
in Scheiben,
Nordsee-Krappen,
Delfar dinnen

bei 19

Carl Mährlen,

Marktplatz 6.

Volks-Hochschule.

Vortrag Dr. Altvater

fällt am 7. ds. M. aus.

Eine gute, ältere

Fahrkuh

zu verkaufen. 3982

Beilstein, Hausn. 15.

Ein 4-rädriger

Handwagen

mit Rungen, verstellbar,

10 Ctr. Tragkraft, ganz neu

und stabil zu verkaufen.

Wilh. Im Behrens,

3973 Dillstraße 21.

Zwergreppinscher

Zwergspitzchen

Teckel

alles prima rassenreine Tiere

in versch. Preislagen v. 150

Mk. an.

Singvögel

aller Art, von 20 Mk. an.

Preislisten gegen 70 Pfg.

in Marken, Rückporto beifügen.

3981

Frl. E. Böh, Köln a. Rh.

Merlostr. 23, part.

Hochfeiner

Edamer- und

Holländer-Käse

im Anschnitt bei

Carl Mährlen,

Marktplatz 6. 20

Metallbetten

Stahlrohrmatrassen, Kinderbetten

Polster an Federn. Katalog frei

Wiesbaden, Suhl 1. 2. 3. 4.

Schweres,
eigenes modernes
Schlafzimmer

(komplett, neu, 3-stöckig)
Spiegel - Kleiderschrank
(Wäsche - Einrichtung)
Wäschisch mit Spiegel
aufsatz und Rahmen
platten, ebenso Nach-
tische mit Aufsatz
Marmorplatten, 12 Pa-
tentmatrassen, 3 in 1
Rohrarmaturen, 2 in 1
2 Polsterstühle für 1
Mk. 13.000 zu verkaufen.
Befichtigung jederzeit
gestattet.

Kiesling,

Sandweg 3, 1. St.

Die Arbeiten zum Umbau
zweier Stände des Lokomotiv-
förmig. Lokomotivbau
auf Bahnhof Dillenburg
einer Betriebswerkstatt
sollen nach Kosten genau
vergeben werden.
Los 1 Erd- u. Beton-
arbeiten, rd. 80 cbm Beton
arbeiten, 16 cbm Mauer-
arbeiten, 23 cbm Stütz-
beton, 30 cbm Ziegelfund-
werk, 98 qm Fundament-
werk und 1400 kg. Eisen-
träger.

Los 2 Zimmerarbeiten

rd. 12,5 cbm Tannenholz

265 qm Studerarbeiten.

Angebotshefte können

Erstattung von 8 Mk. für

Los 1, und 6 Mk. für

2 solange der Vorrat reicht

von dem unterzeichneten Bau-

bezogen werden. Beim

zug durch die Post ist

der Betrag von 60 Pfg.

Porto beizufügen. Es

selbst können die Ange-

und Zeichnungen eingereicht

werden. Die Angebote

verschlossen und mit der

dem Angebot verzeichneter

Ausschrift versehen bis

11. Dez. 1920 vormittags

11 Uhr hierher einzureichen.

Die Öffnung der Ange-

gangenen Angebote findet

der angegebenen Zeit

Gegenwart der erschienenen

Bieter statt.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Eisenbahnbetriebsamt

Beilhar.

Elektromotoren

kaufen Sie am vorzuziehenden

beim Fachmann.

Drehstrom - Gleichstrom

in allen gebräuchlichen Größen

am Lager bezug. Sofort lieferbar.

Benzin-Motoren

neu u. gebraucht. - Preisliste

Angenehme Bedienung

frei. -

H. Budde, Dillenburg.

Hauptstraße 48 Telefon 10

Ev. Kirchenchor.

Dienstag abend 8 1/2 Uhr

Probe.